

Interview

956

„Mit Schuldgefühlen ist nichts getan“

Ludwig Watzal im Gespräch mit Moshe Zuckermann

Das traditionelle Selbstverständnis des Staates Israel ist in letzter Zeit vielfach erschüttert worden. Für den Tel Aviver Politologen Moshe Zuckermann ist es gerade auch der Friedensprozeß, die inzwischen stark bedrohte Aussöhnung mit den Palästinensern, der dazu beigetragen hat, die zionistische Vorstellung einer homogenen Einheit Israels aufzubrechen. Mit Zuckermann sprach Ludwig Watzal, freier Journalist und Autor des Buches „Frieden ohne Gerechtigkeit“.

Watzal: Herr Doktor Zuckermann, Israel wird nächstes Jahr fünfzig Jahre alt. Wenn Sie einige Wünsche frei hätten, was würden Sie sich für Ihr Land und sich selbst wünschen?

Zuckermann: Diese Frage ist komplex, sie ist aber auch einfach zu beantworten. Ich wünsche mir, daß das Sicherheitsproblem ein für allemal aus der Welt geschafft wird, damit wir mit unseren Nachbarn in Frieden leben können. Wenn dies erreicht wäre, könnte sich das Land seinen inneren Widersprüchen und Konflikten widmen, die jahrelang aus sicherheitspolitischen Gründen unter den Teppich gekehrt worden sind. Wir haben es mit vier Problemen zu tun, die gelöst werden müßten, und die auch jüngst wieder an die Oberfläche geschwemmt worden sind:

Erstens die ethnische Frage. Das ist eine innerjüdische Frage und betrifft das Problem der Aschkenasim und Sephardim, also die Unterschiede der Juden orientalischer Herkunft einerseits und denen europäischer und amerikanischer Abstammung andererseits. Diese Unterscheidung weist auf etwas hin, das lange Zeit von der Staatsideologie – der Schmelztiegel-Ideologie des Zionismus – unter den tagespolitischen Teppich gekehrt worden ist. Zwischen diesen Lebenswelten herrschen permanent Spannungen, unter anderem auch deshalb, weil die orientalischen Juden in Israel sehr stark benachteiligt werden.

Zweitens das Verhältnis von Religiösen und Nichtreligiösen, das das Staatsverständnis Israels stark ins Wanken bringen könnte. Ursprünglich hat sich das Land als ein säkularer Bürgerstaat

verstanden. Dies wurde aber immer von dem Anspruch überlagert, auch ein jüdischer Staat sein zu wollen. Die Frage stellt sich also: Will man einen demokratischen Staat oder einen jüdischen Staat haben?

Drittens gibt es das Links-Rechts-Problem. Das stellt sich nicht so sehr im politischen als vielmehr im klassenmäßigen Sinne. Israel verfolgte von Beginn seiner Staatswerdung an sozialdemokratische Ideale. Durch den jahrzehntelangen Ausbau eines kapitalistischen Systems entstand jedoch eine klassenmäßige Diskrepanz, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre.

Das vierte Problem hängt mit dem zweiten zusammen. Das Selbstverständnis eines Bürgerstaates verträgt sich nicht mit dem Anspruch, ein jüdischer Staat zu sein. Somit stellt sich die Frage: Wie sollen die Araber in Israel behandelt werden?

Alle diese Fragen stehen auf der politischen Agenda. Ihre Lösung drängt: Es wird höchste Zeit.

Watzal: Welches sind die tragenden Identitätselemente des Staats Israel? Und sind sie für die Zukunft und die Sicherheit des Staates weiterhin wesentlich?

Zuckermann: Eine zentrale Frage jüdischer Identität ist die Verfolgungs- und Leidensgeschichte, die im 20. Jahrhundert im Holocaust kulminierte. Dieses Identitätsbewußtsein wird noch verstärkt durch das Sicherheitsproblem. In der Folge dessen war die Identität des

Staates Israel von vornherein negativ bestimmt.

Was heißt es, ein Bürger Israels zu sein? Es heißt, in einem Land Sicherheit zu genießen – etwa als ehemaliger Diaspora-Jude, als NS-Verfolgter, als einer, der heute noch unter den Folgen des Antisemitismus leidet oder der durch die arabischen Staaten angegriffen wird. Der Staat Israel gibt allen diesen Personengruppen Schutz – eine Funktion des Staats, die sich auch in der Definition des Zionismus niedergeschlagen hat: Der Zionismus wurde im wesentlichen als die Negation der Diaspora – des Exils der Juden – verstanden.

Watzal: War nicht die ursprüngliche Absicht des Zionismus die Schaffung eines ganz normalen Nationalstaates für das jüdische Volk?

Zuckermann: Aus der Negation des Diaspora-Judentums sollte der sogenannte „neue Jude“ entstehen, der wehrhaft ist, der Arbeit hat und sich selbst bestimmt. Dies hat aber gerade zu den Diskrepanzen geführt. Wer nämlich den „neuen Juden“ abgeben sollte, das waren nach Staatsgründung gerade die Diaspora-Juden, die hierher importiert worden sind. Sie sollten ihre eigene, alte Identität ablegen und den „neuen Juden“ konstituieren.

Die negative Identitätsbestimmung des Juden ist höchst problematisch. Wenn ich den Juden über das Negative bestimme – über das, was er nicht sein soll –, bestimmt nämlich letztlich Hitler, wer der Jude ist. Er gibt jenes Urteil vor,

Dr. **Moshe Zuckermann** wurde 1949 in Tel Aviv geboren. Er lebte zwischen 1960 und 1970 in Frankfurt am Main und studierte nach seiner Rückkehr nach Israel Soziologie, Politologie und Geschichte an der Universität Tel Aviv. Promotion im Jahr 1987. Er lehrt seit 1990 am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte und Philosophie der Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere die Entwicklung der klassischen soziologischen Theorien in Europa, die Frankfurter Schule, hier vor allem Aspekte der Kultur- und Ideologiekritik um die Ästhetische Theorie, sowie die Rezeption des Holocaust in der israelischen politischen Kultur. Auf deutsch erschien von ihm: *Das Trauma des „Königsmordes“*. Französische Revolution und deutsche Geschichtsschreibung im Vormärz (1989); weitere Buchveröffentlichungen auf hebräisch: *For Liberty and Equality. Historians and the French Revolution* (Hrsg., mit Eli Barnavi, 1989); *Shoah in the Sealed Room. The „Holocaust“ in the Israeli Press During the Gulf War* (1993); *Music and Other Matters* (1994); *Topics in Sociology of Art* (1996).

von dem sich die negative Identitätsbestimmung definitiv absetzt. Wenn der Jude sich aber selbst positiv bestimmen will, muß er positive Werte einbringen. Und genau hier kommen alle die Konflikte, Widersprüche und Diskrepanzen zum Tragen, von denen ich gesprochen habe.

Wenn wir uns fragen: Was ist denn der Jude in dem neu gegründeten Staat?, dann gibt es eine ganze Menge

Probleme. Ist es der säkulare oder der religiöse Jude? Ist es der Jude, der sich universell als Sozialist versteht, oder ist es einer, der die Selbstbestimmung eingrenzen will? Ist es der orthodox-religiöse Jude, ist es der Reformjude oder der konservativ-religiöse Jude? Wer ist es denn nun?

Die negative Bestimmung des Juden ist viel leichter herzustellen und zu akzeptieren als die positive. Eine positive Bestimmung würde eine Homogenität erfordern, die es so nie gegeben hat und vermutlich auch nicht geben wird. Dies unterscheidet uns von anderen Nationalstaaten. Unsere Nationalstaatsbildung ist sehr durch die negativen Aspekte bestimmt, wohingegen viele Länder – und sei es nur dem Augenschein nach – positiv bestimmt wurden.

Die Überzeugung „Wir sind das Volk“ ist in dieser Form nie zum Tragen gekommen, weil der Großteil des Volkes nie in Israel gelebt hat. Dies gilt übrigens auch für die Holocaust-Überlebenden. Ein großer Teil von ihnen ist überhaupt nicht nach Israel gekommen. Israel hat im Lauf der Zeit die Erinnerung an den Holocaust monopolisiert; allerdings muß in Rechnung gestellt werden, das dies eine Sache war, die Israel nutzte und für einen Großteil derer bestimmend wurde, die sich dem Zionismus nicht angeschlossen haben.

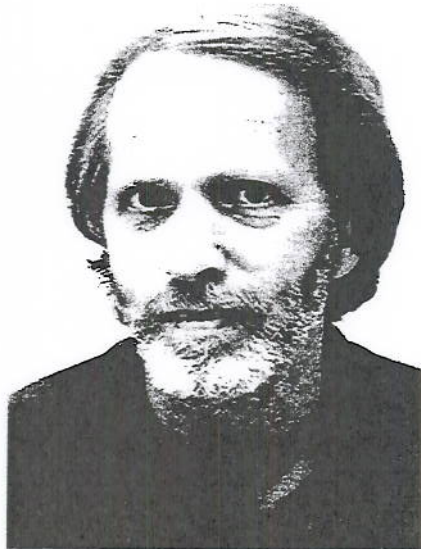
Watzal: Glauben Sie, daß man den Holocaust instrumentalisiert hat? Das könnte nicht nur für Israel gelten, wenn ich etwa an die Holocaust-Museen und -Gedenkstätten in den USA denke.

Zuckermann: Geschichte wird *immer* instrumentalisiert. Die Frage ist, in welchem Sinne sie instrumentalisiert wird.

Was den Holocaust betrifft, so gibt es die Yad Vashem-Konzeption und die Ausrichtung des Washingtoner Holocaust-Museums. Grob gesagt, symbolisiert die Jerusalemer Konzeption den partikularen Aspekt des Holocaust, während Washington auf seinen universalen Aspekt ausgerichtet ist. Wenn man aus dem Holocaust die Schlußfolgerung zieht, die Juden müßten stark sein und enorme Summen für das Militär ausgeben, darf dies aber nicht dazu führen, daß man der Opfer in ihrem Status als Opfer von Auschwitz, Treblinka und Majdanek nicht mehr gedenkt. Man instrumentalisiert sie dann in einem Sinne, der sie in ihrem Stande des Opferseins nicht begreift.

Ich wiederhole: Instrumentalisierung ist unumgänglich. Die Frage ist: *Wie* instrumentalisiere ich? Im emanzipatorischen Sinne, daß ich sage: Nie wieder Opfer, oder in einem partikularen Sinne: Nie wieder soll es uns passieren –? Wenn man so partikular argumentiert, dient dies nur zu leicht der Legitimation von willkürlicher Politik: Um zu vermeiden, daß uns das wieder passiert, dürfen wir offenbar eine ganze Menge anderer Sachen machen. Das ist in Israel natürlich ein Politikum. Man kann diese Frage nicht unabhängig von unserer politischen Situation betrachten.

Watzal: Gibt es Unterschiede zwischen den „Linken“ und den „Rechten“ in Israel im Umgang mit dem Holocaust?



Moshe Zuckermann

Foto: privat

Zuckermann: Ja und nein. Was die Linke von der Rechten unterscheidet, ist sicherlich der Friedensaspekt, ein Emanzipationsimpuls. In dem Sinne aber, wie man pauschalisierend anti-deutsch sein kann, gibt es einen Konsens zwischen Rechten und Linken.

Klischeehaft gesprochen, würde ein Rechter sagen: Die Lehre aus dem Holocaust besagt, wir müssen ein starkes Israel haben. Deshalb dürfen wir nie wieder in die sogenannten Auschwitzgrenzen, in die Grenzen von 1967, zurück, um einen Topos der Instrumentalisierung des Holocaust für gegenwärtige politische Zwecke herauszustellen. (Der Begriff der Auschwitzgrenzen wurde übrigens von der „politischen Taube“ Abba Eban geprägt.) Die Linken würden sagen: Ein Volk, das dies durchgemacht hat, kann kein anderes Volk okkupieren. Wir müssen, auch im Gedenken an die

Opfer, dafür sorgen, daß unsere Politik nicht in Gewalt gegenüber Minoritäten oder anderen Bevölkerungsgruppen ausartet.

Soweit die Stereotypen. Alle sind sich aber einig, wenn es um Pauschalurteile gegen Deutsche geht. Wenn etwa die deutsche Fußballnationalmannschaft ins Endspiel um die Europameisterschaft kommt, sind sich alle einig, anti-deutsch zu sein. Man hat das Gefühl, daß nicht die Nationalmannschaft dort spielt, sondern die „Wehrmachtsmannschaft“.

Watzal: Ihr Kollege Moshe Zimmermann hat die These aufgestellt, daß der klassische Zionismus durch eine ethnozentrische Variante abgelöst worden ist. Wenn das zutrifft: Wie kann das Konzept des Holocaust dann noch konsensstiftend sein? Gerät es nicht zwischen die politischen Fronten?

Zuckermann: Was in jüngster Zeit an die Oberfläche gekommen ist, und was Zimmermann wohl meint, sind die Widersprüche, die schon seit jeher da waren. In den Lebenswelten war es nie so, daß der „klassische“, der säkulare Zionismus irgendwie konsensfähig war, er war es nur in der staatstragenden Ideologie.

Tatsächlich hat Israel eine staatstragende Ideologie. Das ist, wie erwähnt, der Zionismus als Schmelztiegel-Ideologem. Hier gab es aber schon seit 1948 eine Diskrepanz. Ich will dies an einem Beispiel erklären: Meine Eltern, polnische Juden, haben zu Hause Jiddisch

gesprochen. Unsere Nachbarn, jemenitische Juden, haben jemenitisches Arabisch gesprochen. Andere Nachbarn waren Bulgaren, die Bulgarisch sprachen. Wir Kinder haben natürlich alle Hebräisch gesprochen. Dennoch war meine Lebenswelt eine polnisch-jüdische. Mit dem Zionismus hatte diese private Lebenswelt nur bedingt etwas zu tun, obgleich man natürlich immer auch vom Öffentlichen mitgeprägt war.

Dieser Widerspruch ist jetzt aufgebrochen, weil die Kohäsionsideologie der Sicherheit durch den sogenannten Friedensprozeß seit 1993 untergraben worden ist. Die Sicherheit, die der Staat Israel seinen jüdischen Bürgern gewährt, ist heute kein identitätsstiftendes Moment mehr. Deshalb konnten die Widersprüche so deutlich aufbrechen. Es ist aber nicht so, wie Zimmermann behauptet, daß durch Netanjahu etwas Neues entstanden ist, sondern es war immer latent vorhanden; es ist jetzt endlich an die Oberfläche gekommen.

Watzal: Heißt das, daß der Friedensprozeß in Israel selbst desintegrierend gewirkt hat? Das klingt beinahe paradox.

Zuckermann: Der Friedensprozeß hat dazu geführt, daß die zionistische Einheitsideologie aufgerissen worden ist. Heute versucht man sie wieder zusammenzukitten. Die gemeinsame Abwehr des Antisemitismus war bislang immer ein gutes Mittel dafür. Aber es ist im Augenblick nicht so sehr der Antisemitismus, der dafür instrumentalisiert wird. Mit dem Zusammenbruch des so-

genannten Friedensprozesses versucht man jetzt vielmehr, wieder den „Feind“ zu rekonstruieren. Oder mit einem Krieg kleineren oder mittleren Ausmaßes – beziehungsweise seiner Androhung – wieder die Kohäsion zu schaffen.

Dies könnte dazu führen, daß die Ideologie des „Wir sind allein auf dieser Welt“ und „Die ganze Welt ist gegen uns“ sich wieder verfestigt. Auch sie war zwischenzeitlich zusammengebrochen und muß offenbar wiederhergestellt werden. Ich glaube übrigens, daß auch Rabins Ermordung in diesen Zusammenhang gehört. In dem Moment, als Rabin zur Symbolgestalt dessen geworden war, was der Zusammenbruch der klassischen Zionismus-Ideologie genannt wird, mußte geradezu der „Mörder“ des Zionismus ermordet werden. Deshalb identifizieren sich viele Israelis latent mit der Ermordung Rabins. Viele Israelis meinen, er sei mit dem Friedensprozeß zu schnell vorangegangen und habe den Zionismus zusammenbrechen lassen.

Watzal: Sie haben angedeutet, daß es in Israel so etwas wie eine kollektive antideutsche Haltung gibt. Der zweite Weltkrieg ist lange vorbei, wir haben über dreißig Jahre diplomatische Beziehungen. Haben sich denn die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten immer noch nicht normalisiert?

Zuckermann: Anormal sind sie allemal. Man kann nicht per Dekret normalisieren, was nicht normal ist. Was im Holocaust passiert ist, ist nach üblichen

Maßstäben keine normale Angelegenheit. Was inzwischen stattgefunden hat, ist ein Normalisierungsprozeß auf Staatsebene, der jedoch einmal mehr mit den Lebenswelten nur wenig zu tun hatte. Diese Diskrepanz ist nie aufgehoben worden.

Dies ist auch der Grund, warum man auf offizieller Ebene keine Institution mehr hat, die Ausdruck des Ressentiments Deutschland gegenüber ist, wohingegen es in den Lebenswelten davon noch eine ganze Menge gibt. Aber auch da ist es sehr heterogen. Es gibt Leute, die mit Deutschen zusammenkommen und sich gut mit ihnen verstehen. Es gibt aber auch Leute, die pauschal sagen, sie hassen die Deutschen in ihrem Deutschen.

Auch die Deutschen sind nie „normal“ geworden, wie zum Beispiel die Historikerdebatte, die Reaktion auf die Wehrmachtsausstellung, die Goldhagen-Debatte und die Mahnmals-Debatte zeigen. Wir sind uns da ziemlich ähnlich.

Es kann nicht formaliter etwas normalisiert werden, was in der Wirklichkeit noch nicht normal sein kann. Eine Normalisierung muß aus einer politischen, kulturellen und sozialen Praxis heraus wachsen.

Watzal: Entsteht nicht eine Art Schizophrenie, zumindest aber ein Dilemma, wenn auf der Staatsebene ganz normale Beziehungen herrschen, es aber in Tei-

„Israels Beziehungen zu Deutschland: anormal sind sie allemal. Man kann nicht per Dekret normalisieren, was nicht normal ist.“

len der israelischen Gesellschaft Haß auf die Deutschen gibt? In Deutschland haben der Film „Schindlers Liste“ oder das Goldhagen-Buch zu einer starken Betroffenheit geführt, die ebenfalls sehr heterogen ist. Wie ernst nehmen Sie diese Betroffenheit?

Zuckermann: Was ich für Israel festgestellt habe, gilt für Deutschland auch, nur mit anderen Vorzeichen. Auch dort gibt es eine staatsoffizielle Politik, während es in den Lebenswelten ganz anders aussieht. Die Spannweite reicht vom kruden Antisemitismus bis zum kruden Philosemitismus, der für mich die Kehrseite des Antisemitismus ist. Es gibt aber viele Deutsche, denen ich als Mensch begegne, mit denen mich kulturell viel verbindet und mit denen ich gut kommunizieren kann.

Sowohl in Israel als auch in Deutschland kann das, was wir authentische Gefühle nennen, sehr leicht fetischisiert und in der Öffentlichkeit ritualisiert werden. Nun hat das Rituelle zweierlei Funktionen: erstens eine ideologische, gewisse Dinge zu überdecken; das andere ist, und dies gilt für Israel wie für Deutschland, daß man mit dem Ritualen die eigentliche Auseinandersetzung entsorgt.

Was eigentlich gefragt werden müßte: Wo gibt es rassistische Elemente in Israel und in Deutschland?, Wo werden Minoritäten verfolgt?, Wo haben wir hier Momente, die uns drängen, die Lehren aus dem Holocaust zu ziehen, die uns aufmerksam machen, daß wir mehr Demokratie brauchen, weniger Diskri-

minierung von Minoritäten, weniger Rassismus?, und so weiter. Das wird irgendwie entsorgt, indem man „betroffen“ ist.

Ich kann diese Betroffenheit nicht mehr ausstehen. Indem die Leute so betroffen sind, meinen sie, sie hätten irgend etwas gesühnt. Dies scheint mir eine Idiotie zu sein. Weder können wir in Israel etwas aus der Welt schaffen, das zwischen 1942 und 1945 passiert ist, noch kann in Deutschland jemand durch seine Betroffenheit irgend etwas wiedergutmachen.

Was man machen kann, ist, eine Welt zu schaffen, die nie wieder so etwas ermöglicht. Das hat aber nichts mit Betroffenheit zu tun, sondern mit einer permanenten politischen Spannung, die uns sagt, wir müssen auf der Hut sein. Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen: Nach Rabins Ermordung trafen sich Tausende von Jugendlichen täglich an der Stelle, an der das Attentat geschah. Sie haben Lieder gesungen, geweint und Kerzen angezündet. Mir ging das auf die Nerven, weil ich das Gefühl hatte, daß diese Jugendlichen ein kollektives kathartisches Erlebnis suchten und daß sie alles tun würden, um sich bloß nicht zu erinnern, was dies alles zu bedeuten hatte – warum der Mann ermordet worden war und welche politischen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen waren. Die Leute haben eine Woche lang einen „good cry“ gehabt. Nachdem sie sich ausgeweint hatten, sah man, daß das alles keine politischen Konsequenzen hatte. Bei den Wahlen waren diese Jugendlichen nicht mehr

anwesend. Einen Monat nach Rabins Ermordung hat in Israel niemand mehr über das Attentat gesprochen. Alle haben nur noch darüber geredet, warum die Linke über die Rechte hetzt.

Ich bin sehr skeptisch gegenüber einer Betroffenheit, die sich nicht in politische Aktion umsetzt und Verhältnisse versucht zu verändern.

Watzal: Kann die ritualisierte Betroffenheit uns daran hindern, offen über Mißstände oder politische Vorgänge im jeweils anderen Land zu diskutieren? Sollen sich Israelis in innerdeutsche Angelegenheiten, wie etwa Anschläge von Rechtsextremisten auf Ausländerwohnheime oder antisemitische Äußerungen einmischen? Ist es auf der anderen Seite den Deutschen gestattet, zur Behandlung der Palästinenser durch die israelische Regierung oder das Aufkommen von nationalistischen Tendenzen in Israel Stellung zu nehmen?

Zuckermann: Das Problem ist in der Tat so komplex, daß man geneigt sein kann, mit dem lateinischen Spruch zu sagen: Quod licet jovi, non licet bovi – was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt.

Wenn ich als Israeli unsere Zustände so radikal kritisiere, stellt sich natürlich die Frage, ob dies auch einem Deutschen zusteht. Ich als Jude, der sich einem Kollektiv zugehörig weiß, das verfolgt worden ist, möchte mich dem Phänomen der Verfolgung überall auf der Welt entgegenstellen. Wenn in Deutschland Türken oder Vietnamesen verfolgt

werden, möchte ich den Anspruch erheben, dagegen etwas tun oder sagen zu können. Dies schafft dann eine Symmetrie, das heißt, jeder Deutsche darf demzufolge israelische Zustände kritisieren.

Jetzt stellt sich aber die Frage: Wie begreife ich den Deutschen? Begreife ich ihn immer noch stereotyp als Angehörigen eines Kollektivs von Tätern, dann werde ich meinen: Ein Deutscher hat kein Recht zur Kritik an Israel. Trotzdem kann ich den Widerwillen einiger Israelis verstehen, die heute noch sagen, von Deutschen lassen wir uns nichts sagen. Denn tatsächlich gibt es keine Symmetrie, weil sich Deutschland immer noch als Land der Täter versteht und sich auch so verstehen sollte – und weil Israel sich als ein Land der Opfer versteht beziehungsweise stilisiert, was schon weniger verständlich ist.

Zwischen Tätern und Opfern gibt es keine Symmetrie. Diese Asymmetrie ist in der Kultur beider Länder dominant. Wenn eben diese Asymmetrie von israelischer Seite instrumentalisiert wird, um Kritik von deutscher Seite zu verhindern, entsteht dann ein enormes Problem. Es kommt aber auch darauf an, wie die Kritik vorgetragen wird. Ich möchte dies an einem Beispiel deutlich machen: Während des Golfkrieges kam eine Delegation der Linken nach Israel, unter ihnen auch der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Christian Ströbele. Er meinte, daß Israel es sich selber zuzuschreiben habe, daß es von Scud-Raketen angegriffen werde. Nun, ich als israelischer Radikallinker kann das sagen, Ströbele kann das nicht. Hier liegt klar



Hebron-Konflikt im März 1997: „Was viel wichtiger wäre, ist die Abkehr vom Haß, um Emotionen, wenn sie überhaupt politisch relevant sind, in emanzipatorischer Weise zu gebrauchen.“

Foto: Süddeutscher Verlag

ein Fall von *Quod licet jovi, non licet bovi* vor. Dies hätte sich Herr Ströbele sparen können.

Watzal: Ich möchte noch einmal auf dieses latent antideutsche Gefühl zu sprechen kommen. Auf wen wird das „Anti“, der Haß projiziert, wenn Deutschland von staatsoffizieller Seite dafür nicht mehr in Frage kommt. Wer ist der „Ersatzmann“?

Zuckermann: Das ist eine gute Frage. Ich habe kürzlich auf einem Symposium in Tel Aviv unter dem Titel: „Mirroring Germany“ darüber gesprochen. Die verschiedenen Facetten des Hasses werden

auf mehrere Ebenen projiziert; die Frage zielt also letztlich auf die israelische politische Kultur ab.

Man schafft sich die Ventile überall. Wir wissen von Jugendlichen, die zu den Vernichtungslagern nach Polen fahren, daß sie den Holocaust gar nicht mehr mit Deutschland in Verbindung bringen, sondern mit Polen. Sie meinen, die Polen seien die eigentlichen Schuldigen. Ein Jugendlicher meinte: Irgend jemanden müssen wir doch hassen. Die Deutschen können wir nicht mehr hassen, weil wir uns mit ihnen versöhnt haben. Also hassen wir die Polen.

Die andere Projektionsfläche – was ich für viel schlimmer halte – sind die

Araber, konkret die Palästinenser. Wenn zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident Menachim Begin meinte, in der Person Yassir Arafats, der 1982 in einem Bunker in Beirut festsaß, Hitler in seinem Bunker in Berlin gestellt zu haben, dann haben wir es nicht nur mit einem Problem eklatanter Schizophrenie zu tun. Es ist ein Problem, das sich sehr stark in der politischen Kultur niederschlägt.

Ich plädiere für Differenzierung. Wenn schon gehaßt werden muß, sollten diejenigen gehaßt werden, die noch hassenswürdig sind, wie etwa Neo- oder Altnazis in Deutschland oder Auschwitz-Leugner und so weiter. Ich könnte mir durchaus einige Bevölkerungskreise vorstellen, die dafür in Frage kämen. Aber die Deutschen pauschal zu hassen, wie dies eine junge israelische Publizistin erklärt hat, nur weil sie Deutsche sind, ist für mich völlig inakzeptabel. Eine solche Haltung korrespondiert mit dem pauschalen Image „der Juden“.

Was freilich viel wichtiger wäre, ist die Abkehr vom Haß, um Emotionen, wenn sie überhaupt noch politisch relevant sind, in emanzipatorischer Weise zu gebrauchen. Konkret heißt das, daß ich den Holocaust in dem Sinne erinnere: Nie wieder Opfer. Bei einer solchen Denkweise kann ich mit Haß nur noch politisch etwas anfangen, indem ich sage, diejenigen, die Opfer schaffen, müssen gehaßt werden.

Watzal: Richtet sich also die Haß-Komponente auf andere „Feinde“ Israels?

Zuckermann: Hier sind zwei Ebenen zu berücksichtigen, die konkrete politische Ebene und ihre Überlagerung durch die Perpetuierung des Amalek – also des biblischen Erzfeindes –, der immer wieder neu konstruiert wird. Auf diese Weise erscheint zum Beispiel Saddam Hussein als neuer Hitler oder der neue Pharao.

Als sich die Polen Mitte der achtziger Jahre mit den Palästinensern identifiziert und ihr Selbstbestimmungsrecht gefordert haben, hat man sie sofort als Antisemiten angesehen, auf deren Boden der Holocaust stattgefunden hat. Das ist nichts als eine Projektion, die nicht mehr versucht zu entschlüsseln, wer eigentlich der historische Nazi ist. Was hat der Pole oder auch der Palästinenser damit zu tun? Solche Differenzierungen werden heute zum Teil nicht mehr gemacht. Statt dessen benutzt man den universellen Amalek.

Aber ich darf da auch nicht pauschalisieren. Es gibt eine große Anzahl von Israelis, die sehr wohl zu differenzieren wissen.

Watzal: Gibt es in der israelischen Gesellschaft so etwas wie ein Schuld-bewußtsein gegenüber den Palästinensern? Darf man diese Frage stellen oder ist sie unverschäm?

Zuckermann: Die Frage ist nicht unverschäm, wenn sie nicht versucht, das, was Israel den Palästinensern antut, gleichzusetzen mit dem, was die Deutschen den Juden in Auschwitz, Treblinka oder Majdanek angetan haben. Dies läßt

sich auf keiner Ebene vergleichen. Natürlich haben die Dinge insofern etwas miteinander zu tun, als sie in der Rezeption ideologisch in Beziehung zueinander gesetzt werden. Dann sollte man aber fragen, wie durch das Projizieren Bezüge hergestellt werden.

Es gibt zu Recht einen Schuldkomplex der Israelis gegenüber den Palästinensern. Israel ist auf dem Rücken der Palästinenser konstituiert worden, und dies ist vielen Israelis bewußt. Vieles, was hier aufgebaut worden ist, ist auf palästinensischem Territorium entstanden. Die Universität von Tel Aviv ist auf dem ehemaligen Gelände des arabischen Dorfes Khan Yunis errichtet worden.

Daß viele Israelis ein Schuldgefühl gegenüber den Palästinensern haben, ist auch gut so. Bei mir setzt sich dies politisch in der Weise um, daß ich für die Rechte der Palästinenser kämpfe. Hier kann der Schuldkomplex gegenüber denjenigen, denen man sich die Schuld aufgeladen hat, produktiv instrumentalisiert werden. Zum Problem wird ein Schuldkomplex hingegen, wenn er durch Betroffenheit entsorgt werden soll.

Ich glaube nicht, daß durch die Öffentlichmachung des Schuldkomplexes irgend etwas abgegolten werden kann. Wenn ich meine Schuld bekannt habe und meine, ich könne mich jetzt zur Ruhe setzen, dann ist dies genauso verwerflich wie ihre Betroffenheit. Nichts bringt mich mehr in Rage als die „Betroffenheit“ in Deutschland, die sich anschließend bei einem Glas Bier wohl-

fühlt. Das gleiche gilt für Israelis, die auf ein oder zwei Demonstrationen gegangen sind, sich ausgebrüllt haben und dann aber politisch nichts tun, während Israel immer mehr Grundstücke der Palästinenser enteignet.

Watzal: Das jüdische Volk legt großen Wert auf das Gedenken und Erinnern. Ich glaube, daß die Israelis den Palästinensern auch dieses Recht zubilligen sollten. Ist die Politik Israels, den Palästinensern quasi die Erinnerung an ihre Geschichte zu nehmen, indem man ihre Erinnerungen zubetoniert wie im Falle der Universität von Tel Aviv oder über die Zerstörung von über 400 palästinensischen Dörfern nicht spricht, eine gute Grundlage für eine Aussöhnung und einen dauerhaften Frieden? Wäre es nicht eher angebracht, daß sich die politische Elite Israels gegenüber den Palästinensern auch und gerade für diese Dinge entschuldigt?

Zuckermann: Zunächst einmal hat Israel den Palästinensern gar nichts zuzubilligen. Die Palästinenser müssen nichts von Israel zugebilligt bekommen. Sie haben ein Recht, etwas zu fordern. Das Zubilligen seitens Israels erklärt sich nur aus einem Machtverhältnis heraus, das absolut abgebaut werden sollte, weil es unerträglich ist.

Was aber eine israelische Entschuldigung betrifft, habe ich so meine Probleme. Was bringt das Entschuldigen, wenn es nur wieder eine Entsorgung ist und dadurch keine neuen Realitäten geschaffen werden? Es sollte eine Infra-

struktur in Palästina geschaffen werden, die den Palästinensern einen adäquaten Lebensstandard ermöglicht, der sie normal leben läßt. Statt sich zu entschuldigen, sollte man ihnen die Selbstbestimmung zugestehen, das heißt, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Man sollte eine ganze Reihe politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Maßnahmen ergreifen. Anstatt „*mea culpa!*“ zu rufen, sollte man eine Realität schaffen, die die Menschen endlich einmal Mensch sein läßt und sie nicht zum Objekt von Verfolgung macht.

Der Friedensprozeß bedeutet für mich nicht, sich irgendwie moralisch gereinigt zu haben. Friedensprozeß bedeutet, die Menschen endlich – in einem ganz archaischen Sinne – wieder Mensch werden zu lassen. Ist dies erreicht, wird sich eine ganze Menge von selbst ergeben. Es gilt, eine Realität zu schaffen, in der nicht mehr 150 000 Siedler das Leben der Menschen in den Gebieten zur Hölle machen. Es gilt, ein Okkupationsregime, das ziemlich brutal werden kann, abzuschaffen.

Wir können eine solche Realität herstellen, wenn wir eine symmetrische ökonomische Beziehung schaffen, die den palästinensischen Arbeiter nicht von vornherein zu einem Bittsteller macht. Das wäre ein Wunsch zum fünfzigsten Geburtstag des Staates Israel.

Ich brauche nicht das moralische Geplärre. Ich weiß, daß sich die Palästinenser eine gewisse Schuld aufgeladen haben, genauso wie wir uns eine Schuld aufgeladen haben. Aber ich will das nicht vergleichen. Das Wissen darum reicht

mir, ich will, daß neue Realitäten geschaffen werden.

Schlimm ist, wenn eine Schuld bekannt wird, aber die repressive Realität weiter perpetuiert wird. Das ist das Schlimmste, weil das Schuldbekenntnis dann zur Ideologie wird. Dieses Gefühl habe ich bei der Betroffenheitskultur in Deutschland. Auch die Schuldbekenntniskultur hiesiger Linker, die vor lauter Schmerz für die Palästinenser so sehr leiden, daß sie politisch impotent werden, kann ich nicht mehr ertragen.

Watzal: Wie vielversprechend ist der eingeschlagene Weg des Friedensprozesses? Beschwört man nur noch einen Begriff?

Zuckermann: Ich war der Meinung, daß mit den Abkommen von 1993 und dem Handschlag zwischen Rabin und Arafat eine neue objektive politische Realität entstanden sei. Ich hatte nicht erwartet, daß sich Israel sofort aus den Gebieten zurückziehen würde, aber daß doch eine neue Lage entstanden sei, die so vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar war. Zwar zeichnete sich, wie ich meine, schon nach sechs Monaten ab, daß dies ein Kapitulationsfrieden für die Palästinenser war. Die Okkupation sollte mit friedlichen und ökonomischen Mitteln dauerhaft fortgesetzt werden. Ich

„Der Friedensprozeß bedeutet nicht, sich irgendwie moralisch gereinigt zu haben. Friedensprozeß bedeutet, die Menschen endlich – in einem ganz archaischen Sinne – wieder Mensch werden zu lassen. Ist dies erreicht, wird sich eine ganze Menge von selbst ergeben.“

war aber immer noch *für* den Prozeß, weil ich glaubte, daß in ihm immer noch ein gewisses Potential für den Frieden steckte.

Das wenige, das erreicht worden war, ist durch Netanjahus Regime binnen eines Jahres zerschlagen worden. Das Vertrauen, das entstanden war, ist zerschmettert worden. Der Prozeß ist somit in die Sackgasse geraten. Wenn die Palästinenser die Kraft hätten, würden sie eine neue Intifada anzetteln. Vielleicht kommt sie ja noch. Es war auch bereits wieder von einem neuen Krieg mit Syrien die Rede.

Innerhalb eines Jahres ist der Friedensprozeß abgewürgt worden. Wenn Israel nicht wieder den Frieden beginnt,

wenn es nicht zu einer friedlichen Lösung mit den Palästinensern und den anderen arabischen Staaten kommt, um sodann seine internen Probleme anzugehen, wird es im Nahen Osten nicht überleben können.

Israel kann sich nicht verbarrikadieren. Die Ideologie der fünfziger Jahre trägt heute nicht mehr. Ein Friedensprozeß ist für Israel viel lebensnotwendiger als für die arabischen Staaten. Ob er mit Netanjahu zu bewerkstelligen ist, bezweifle ich. Aber er wird nicht der letzte Ministerpräsident sein, den wir haben werden. Es kann sich alles noch zum Besseren wenden, um mit einem Slogan aus den sechziger Jahren zu schließen.